

Ressort: Politik

Zypern: Führende Ökonomen kritisieren Pläne für Hilfspaket

Nikosia/Berlin, 20.01.2013, 02:00 Uhr

GDN - Führende Ökonomen haben sich gegen europäische Hilfen für den Krisenstaat Zypern ausgesprochen. "Das ist keine Sache des Euro-Rettungsschirms ESM", sagte Kai Konrad, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats im Bundesfinanzministerium, der Zeitung "Welt am Sonntag" (20.1.2013).

Für die Schwierigkeiten der zyprischen Kreditinstitute, die den Kern der Probleme auf der Insel darstellen, sollten nach Konrads Ansicht deren Eigentümer und Gläubiger allein aufkommen. "Das Bankenproblem in Zypern ist im Grunde ein privatwirtschaftliches Problem", sagt er. Zypern hatte bereits vor Monaten Hilfen durch den Euro-Rettungsschirm ESM beantragt. Das Land braucht Milliardenbeträge, um seine angeschlagenen Banken zu rekapitalisieren. Bislang haben die europäischen Regierungen über den Hilfsantrag jedoch noch nicht entschieden. Anders als bei größeren Euro-Ländern wie Spanien oder Italien halten die Volkswirte eine Pleite Zyperns für verkraftbar, ohne dass die Währungsunion insgesamt gefährdet würde. "Zypern ist solch ein kleines Land; egal, was dort passiert, es wird die übrige Euro-Zone nicht beeinträchtigen", sagte Wirtschaftsprofessor Paul de Grauwe von der europäischen Denkfabrik Centre for European Studies (CEPS) der Zeitung. Selbst ein Zusammenbruch der Banken dort wäre kein systemisches Risiko. Ähnlich sieht es Hans-Werner Sinn, der Präsident des Münchener Ifo-Instituts. "Die Systemrelevanz Zyperns beschränkt sich auf die russische Schwarzgeldwäscherei", sagte der Ökonom, der zu den schärfsten Kritikern der Euro-Rettungspolitik gehört. "Die Politik sollte sich nicht bange machen lassen von den Finanzmärkten und Banken, die den Weltuntergang prophezeien, wenn die Steuerzahler ihr Portemonnaie nicht zücken." Griechenland habe im vergangenen Jahr den größten Staatskonkurs der Geschichte hingelegt, und nichts sei geschehen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-6111/zypern-fuehrende-oekonomen-kritisieren-plaene-fuer-hilfspaket.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com